

- 1978 mindestens 48 000 Studienbewerber vor geschlossenen Hochschultüren
- BRD-Student zahlt durchschnittlich 3 500 DM je Semester aus eigener Tasche
- Bis zu 4 000 DM für Studienplatz nach Wahl in der BRD
- „Studienmakler“ beuten Studenten aus
- Ein Zimmer im Kölner Studentenwohnheim: bis zu 190 DM

Wer studieren will, muß zahlen

Eine Dokumentation von Uwe Fischer

Seit nunmehr vier Jahren laborieren in der BRD Minister, Rektoren und Parteien am sogenannten Hochschulrahmengesetz. Politische Reaktion, partiellaktive Plinkereien und parlamentarische Wortgeprassel beherrschen die BRD-Hochschulszenerie, hier und da auch Stimmen der Vernunft. Doch bei allem bleibt einer auf der Strecke: der Student. Aber nicht schlechthin jeder, sondern vor allem die studienwilligen Arbeiter- und Bauernkinder.

Was das auf geduldigem Papier stehende Recht auf Bildung für alle Bürger dieser freiheitlich-demokrati-

schem* Staatsordnung wert ist, zeigen die folgenden Beispiele.

Beispiel Nr. 1

Seit einiger Zeit werden in der BRD Studienplätze zentral in Dortmund vergeben. So weit so gut. Aber: Bei Beibehaltung dieser Vergabepraktiken werden nach offiziellen Berechnungen von Bildungspolitikern und Wissenschaftlern 1978 mindestens 48 000 Bewerber vor verschlossenen Hochschultüren stehen. *„Hamburger Abendblatt“ vom 16. 5. 1974.*

Wenig Chancen für Abiturienten
1978 werden 48 000 Studienbewerber abgewiesen

Doch wer diese Zulassungshürde übersprungen hat, die noch durch zusätzliche undemokratische Aufnahmepflichtungen in die Höhe geschraubt werden soll, ist noch nicht sorglos. Wie es und je entscheidet der Geldbeutel des Vaters.

Beispiel Nr. 2
Bildungspolitik kostet Geld - auch in der BRD. Der

imperialistische Staat muß diesen Posten, schon aus reiner Selbsterhaltung, in seinem Haushalt berücksichtigen. Die Frage ist nur: Wo kommt dabei der Student weg?

Das großbürgerliche Prestigeblatt „Süddeutsche Zeitung“ kam am 21. 4. 1974 nicht umhin festzustellen:

Studieren wird länger und teurer
Durchschnittstudium kostet 100 000 öffentliche und 42 000 private Mark

Nach Berechnungen des Deutschen Studentenwerkes hat der durchschnittliche Student neben den öffentlichen Aufwendungen auch noch persönliche Ausgaben von 3500 Mark pro Semester, bei 12 Semestern 42 000 Mark. *„Süddeutsche Zeitung“ vom 21. 4. 1974.*

Nimmt es Wunder, daß nur knapp sieben Prozent der in der BRD Studierenden Arbeiterkinder sind, obwohl 40 Prozent der Erwerbstätigen zur Arbeiterklasse gehören?

Beispiel Nr. 3
Das System der vielgepriesenen „freien Marktwirtschaft“ hat schon viele Blüten geblüht. Eine neue, der

es ebenso wenig an Unfreiheit und Perversität mangelt wie anderen, ist der legalisierte, vom Staat geduldeten Schwarzhandel mit Studienplätzen. „Studienmakler“ - eine Marktlücke? frohlockten die BRD-Zeitungen. Die *„Westfälische Rundschau“ vom 18. Juli 1974* schreibt denn auch:

Studienplatz nach Wahl kostet im „Schwarzhandel“ sogar bis zu 3000 DM

Quantität. An deutschen Hochschulen blüht ein lukrativer Schwarzhandel: Seitdem der Numerus clausus immer mehr Studiengänge erlaßt, sind auf dem neu entdeckten Markt nur noch zu Höchstpreisen Studienplätze bis zu 3000 DM zu haben. Die Angebote reichen bis zu 3000 DM. Wer sich dem „Diktat“ der Dortmunder Zentralstelle für Studienplätze nicht beugen will und anstelle der ihm zugewiesenen Hochschulplätze an einem günstigeren Studienort sich immatrikulieren lassen will, bleibt nach erfolgloser Zeit-Anfrage am Schwarzmarkt, dem eine Marktlücke einen neuen Beruf schuf.

Und die wohl über jeden Verdacht, fortschrittlich angesehen zu sein, erhabene Springer-Gazette „Die Welt“

führte in ihrer Ausgabe vom 17. Mai aus:

München ist 4000 Mark wert

Semester an einer attraktiven Universität zu zahlen bereit ist. Die Normalpreise liegen in Größenordnungen zwischen 500 und 3000 Mark. Doch auch hier gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, und wer mehr bezahlt, der macht das attraktive Studium. München ist ein Platz in Studentenheimen, die nur für 8,5 Prozent der Hochschulüber ausreichten, noch 96 DM. Privatvermieter verlangen 126 bis 190 DM.

Nicht die Frage, ob eine durchschnittliche Arbeiterfamilie bei etwa 1 bis 2 Prozent sinkendem Reallohn und um 1,8 Prozent (alles gegenüber Vergleichswerten 1973) gesunkenen Lebenshaltungskosten, immensen Mieten usw. diese Summe für Tochter oder Sohn aufbringen kann?

Beispiel Nr. 4
Aber nicht nur für Studienplatz und das Studium selbst

wird der Student zur Kasse gebeten. Dramatische Mietsteigerungen in den BRD-Studentenwohnheimen wurden für das Herbstsemester angekündigt. Für Zimmer mit 10 bis 15 Quadratmeter Wohnfläche werden heute in Köln zwischen 150 und 190 DM kasziert. Im Bundesdurchschnitt kostete 1973 ein Platz in Studentenheimen, die nur für 8,5 Prozent der Hochschulüber ausreichten, noch 96 DM. Privatvermieter verlangen 126 bis 190 DM.

25 jährige Praxis

IN VORBEREITUNG AUF DEN 30. JAHRSTAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Mit folgenden Ausführungen wollen wir allen FDJ-Kollektiven einige Hinweise für die Argumentation geben. Gleichzeitig geben wir damit einen Auftakt zur Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion.

sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus von großer Bedeutung.

hohen helfen, solche Auffassungen, die sozialistische Integration nur aus ökonomischen Vorteilen zu betrachten, sind nicht nur einseitig, sondern dienen objektiv der bürgerlichen Ideologie, weil sie die grundlegenden Klasseninteressen der Arbeiterklasse außer Acht lassen.

Objektive Gesetzmäßigkeit

Die Herausbildung der DDR als sozialistische Nation vollzieht sich nach objektiven Gesetzmäßigkeiten. Eine dieser Gesetzmäßigkeiten ist ihre immer festere Verankerung in die sozialistische Staatengemeinschaft als „Grundbedingung für die Verwirklichung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“.

Die 25jährige Praxis unserer Entwicklung beweist, daß das Aufblühen der sozialistischen Länder, ihre volle Gleichberechtigung und Souveränität erst im Verband aller sozialistischen Staaten durch ihre gegenseitige Annäherung gewährleistet ist.

Marx und Engels schreiben im kommunistischen Manifest: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegenüber.“ Es bildet sich im Verlauf der sich vertiefenden Zusammenarbeit der sozialistischen Länder ein völlig neuer Typ internationaler Beziehungen heraus. Diese qualitativ neuen Beziehungen sind objektiv bedingt, sie beruhen auf grundlegenden Gemeinsamkeiten: der sozialistischen Produktionsweise, der einheitlichen Staatsordnung, der überall wirkenden Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der sich auf dieser Grundlage entwickelnden sozialistischen Lebensweise, die durchdrungen ist vom sozialistischen Internationalismus, dem höchsten Prinzip der sozialistischen internationalen Beziehungen. Diese Gemeinsamkeiten ermöglichen nicht nur eine Annäherung der sozialistischen Länder, sondern machen sie auch objektiv notwendig für das gemeinsame Anliegen, aber auch für das Erstarken jedes Landes.

Untrennbarer Zusammenhang

Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus erwachsen in ihrem untrennbaren Zusammenhang aus dem zutiefst internationalistischen Charakter der Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission. Das Ziel der Arbeiterklasse, eine Gesellschaft zu errichten, die vollkommen frei von Ausbeutung ist und für jeden Menschen bestmögliche Bedingungen bietet, seine Persönlichkeit zu entfalten, kann nicht bei nationalen Grenzen stehen bleiben. Diese historische Mission ist erst vollständig erfüllt, wenn eine weltweite Gemeinschaft freier Völker entstanden ist. Daß die internationale Arbeiterklasse in verschiedenen konkreten natio-

Sicherung des Weltfriedens

Durch das Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern schaffen wir uns selbst günstigere Entwicklungsbedingungen. Das zeigt sich unter anderem am Beispiel der gemeinsamen Sicherung der günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus.

Ohne einen immer stabiler werdenden Frieden in Europa und der Welt kann sich weder die sozialistische Staatengemeinschaft noch ein einzelnes sozialistisches Land mit größtmöglicher Kraft den inneren Aufgaben widmen. Aber dieser Frieden kann nur durch den koordinierten Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der SU errungen werden. Deshalb erfüllen wir mit unserem Beitrag zur Durchsetzung des Friedensprogrammes des XXIV. Parteitag der KPdSU zugleich eine internationale und eine patriotische Pflicht. Dieses Beispiel zeigt auch, daß wir mit der allseitigen Stärkung des Sozialismus den besten Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens und die Förderung der Entwicklung aller drei revolutionären Hauptströme leisten. Wenn Lenin sagt, Internationalist sein heißt, „ein Höchstmaß dessen zu tun, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist“, so bedeutet das heute: eine bewußte Tat für die Stärkung und den Schutz der DDR und der sozialistischen Bruderländer zugleich zu leisten. Diesen Auftrag erfüllen wir als Abteilung der internationalen Arbeiterklasse. Aber erst koordiniert mit den Aufgaben der anderen Abteilungen der Arbeiterklasse, besonders mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, können wir die Vorkämpfer dieser internationalen Kraft für uns und für das Ganze voll ausschöpfen. Nur so kann der Weltfriede, den wir gegenüber unseren eigenen Völkern, für die internationale Arbeiterklasse am wirksamsten genutzt werden.

Eine bewußte Tat leisten

Gedanken zur dialektischen Einheit von proletarischem Internationalismus und sozialistischem Patriotismus von Genosin Gerburg Nadoll, Sektion Marxismus-Leninismus

Die nationalen Aufgaben müssen den Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstab untergeordnet werden, da er die gemeinsamen Klasseninteressen zum Ausdruck bringt. Erst in dieser Gemeinschaft und durch Stärkung unseres Kampfbündnisses sind für jede Ableitung der Arbeiterklasse beste Voraussetzungen zur Durchsetzung der historischen Mission gewährleistet. Das ist auch der Grund dafür, daß sich der proletarische Internationalismus nicht in der Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern erschöpfen kann. So wichtig unser Beitrag auch ist, die größte Hilfe leisten wir, wenn wir täglich unsere Pflicht als sozialistischer Staatsbürger tun. Erst das Erstarken des sozialistischen Weltsystems mit der SU an der Spitze kann das Kräfteverhältnis in der Welt weiter verändern und so den Imperialismus wirksam in die Schranken zwingen.

Einheitlich handeln

Unser gemeinsamer Klassenfeind, die internationale Monopolkapitalisten und ihre Helfer wissen um die Gefahr, die eine einheitlich handelnde kommunistische Weltbewegung und ihr Kern, die sozialistische Staatengemeinschaft für sie darstellt. Sie versuchen mit allen Mitteln, diese Einheit und das Bündnis der sozialistischen Staaten mit der SU zu brechen. Sie versuchen, Zweifel an der Richtigkeit dieser oder jener Spezialisierungsmaßnahme im Rahmen des RWG zu säen. Probleme und Widersprüche, die sich zwangsläufig im Prozeß der Integration ergeben, aufzuheben, die Führungsrolle der SU zu diffamieren und anderes. Das alles läuft auf eine Spaltung der Einheit von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus hinaus. Hauptziel ist für sie immer wieder das Schüren nationaler Überheblichkeit, verbunden mit einer antioberweltlichen Haltung. Gegenwärtig versuchen sie es besonders mit den Thesen von der „einheitlichen deutschen Nation“, von „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ oder von der „Schicksals- oder Traditionsgemeinschaft“. Aber unser „Schicksal“ ist und bleibt untrennbar mit dem Geschick der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze verbunden. Unsere historische Aufgabe und revolutionäre Pflicht ist die sozialistische Integration.

Und wir bleiben der Tradition des Besten des deutschen Volkes treu, dem deutschen Imperialismus, in welcher Gestalt er sich auch immer zeigt, als erbitterter Feind gegenüberzutreten und feste Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern zu halten.

Veränderte Öffnungszeiten

Am 23. 12., 30. 12. 1974 und am 3. 1. 1975 ist die Universitätsbibliothek der Technischen Universität Dresden von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Am 24. 12., 27. 12., 28. 12., 31. 12. 1974 und am 4. 1. 1975 bleibt die Bibliothek geschlossen. Außerdem möchten wir unsere Leser darauf hinweisen, daß am Sonnabend, dem 7. 12., und am Sonnabend, dem 14. 12. 1974, die Bibliothek von 10 bis 16 Uhr geöffnet ist.

Spezifik berücksichtigen

Der Sozialismus/Kommunismus entfaltet sich wie jede Gesellschaftsformation vor ihm nach eigenen, ihm charakteristischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten. Das ist durch die bereits genannten gemeinsamen ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Grundlagen bedingt. Wenn Lenin sagt: „Das Allgemeine existiert nur im Einzelnen, durch das Einzelne“, heißt das für das konkrete Beispiel, daß die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus nicht „an sich“, nicht in „reiner“ Form auftreten, sondern nur in der konkreten historischen, durch nationale Besonderheiten geprägten einmaligen Wirklichkeit. Oder anders ausgedrückt, das Einzelne ist die Erscheinungsform des Allgemeinen. Erst über bestimmte konkrete nationale und historische Bedingungen setzen sich die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten durch, von denen hier folgende hervorgehoben werden sollen:

- Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei
- Errichtung der Diktatur des Proletariats
- Herstellung des sozialistischen Eigentums an PM
- planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus mit dem Ziel, den Lebensstandard der Werktätigen zu heben
- sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur
- sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft
- Bündnis der Arbeiterklasse mit allen werktätigen Klassen und Schichten
- Schutz der sozialistischen Errungenschaften
- proletarischer Internationalismus

Deshalb betonte Genosse L. I. Breschnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU völlig zu recht: „Die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus hängen weitgehend von einer richtigen Verknüpfung des Allgemeingültigen und der nationalen Besonderheiten in der gesellschaftlichen Entwicklung ab. Stützt man sich nicht auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und berücksichtigt nicht die konkrete historische Spezifik eines jeden Landes, so ist es unmöglich, den Sozialismus zu errichten.“

Dieser dialektische Zusammenhang ist für das Verständnis der Einheit von

Prüfstein - Haltung zur Sowjetunion

Hierin liegt auch die Ursache, weshalb die Haltung zur Sowjetunion Prüfstein für wirkliches patriotisches und internationalistisches Denken und Handeln ist. Der SU kommt gesetzlich die Führung im sozialistischen Lager und im gesamten weltrevolutionären Prozeß zu. Sie ist das am weitesten entwickelte sozialistische Land, das heißt, hier ist der Marxismus-Leninismus am weitesten in die Tat umgesetzt und die dabei gewonnenen Erfahrungen sind für alle anderen Länder, die diesen Weg nachvollziehen, allgemeingültige Lehren. Das heißt weiter, die Sowjetunion hat die größten politischen, ökonomischen, militärischen, wissenschaftlich-technischen und ideologischen Potenzen des sozialistischen Lagers. Diese müssen wir nicht nur nutzen, sondern durch den eigenen Beitrag auch mit er-